

BERNHARD GROSSFELD

Basisgesellschaften  
im Internationalen Steuerrecht



J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort . . . . .	III
Einleitung . . . . .	1

### 1. Kapitel

#### TECHNIK UND FUNKTION DER BASISGESELLSCHAFTEN

§ 1 Die steuerliche Ausgangslage . . . . .	6
I. Die unbeschränkte Steuerpflicht . . . . .	7
II. Die beschränkte Steuerpflicht . . . . .	13
III. Die Vermeidung einer Doppelbesteuerung . . . . .	16
1. Nationales Außensteuerrecht . . . . .	16
2. Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	19
§ 2 Die Vermeidung einer Besteuerung in den Steuerfluchtländern . . . . .	23
I. Die Vermeidung der unbeschränkten Steuerpflicht . . . . .	23
II. Die Vermeidung der Besteuerung im Rahmen der beschränkten Steuerpflicht . . . . .	24
1. Einkünfte aus Gewerbebetrieb . . . . .	24
2. Einkünfte aus der Vergabe von know-how . . . . .	27
3. Weitere Einzelfragen . . . . .	28
III. Die Ausnutzung eines gespaltenen Körperschaftsteuersatzes . . . . .	29
IV. Die Ausnutzung von Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	30
V. Gewinnverwendung, Gewinntransfer, Umwandlung in Kapitalgewinn . . . . .	32

### 2. Kapitel

#### DIE BEDINGUNGEN IN DEN BASISLÄNDERN

§ 1 Schweiz . . . . .	38
§ 2 Liechtenstein . . . . .	40

### 3. Kapitel

#### ALLGEMEINE STEUERLICHE SCHRANKEN EINER VERMÖGENS- UND GEWINNVERLAGERUNG AUF BASISGESELLSCHAFTEN

§ 1 Die Basisgesellschaft als selbständiges Steuerrechtssubjekt . . . . .	44
I. Steuerliche Rechtsfähigkeit und Internationales Privatrecht . . . . .	45

1. Internationales Privatrecht und Internationales Steuerrecht . . .	46
2. Steuerliche Rechtsfähigkeit und Anerkennung durch das Internationale Privatrecht . . . . .	48
3. Steuerliche Rechtsfähigkeit und Nichtanerkennung durch das Internationale Privatrecht . . . . .	54
II. Steuerliche Rechtsfähigkeit und ausländisches Recht . . . . .	61
III. Die Vergleichbarkeit ausländischer Unternehmensformen . . . . .	67
IV. Die Nichtanerkennung aufgrund steuerlicher Sondervorschriften . .	70
1. Scheingründung . . . . .	70
2. Wirtschaftliche Betrachtungsweise . . . . .	71
3. Umgehung . . . . .	75
V. Die Rechtslage in den USA . . . . .	78
§ 2 Die unbeschränkte Steuerpflicht der Basisgesellschaft im Inland . . . .	82
I. Die Geschäftsleitung im Inland . . . . .	83
1. Begriff . . . . .	83
2. Einzelfragen . . . . .	85
II. Die fingierte inländische Geschäftsleitung . . . . .	87
1. Einzelfragen . . . . .	88
2. Kritik . . . . .	90
3. Internationale Organtheorie . . . . .	91
§ 3 Die Überprüfung einzelner Geschäftsvorfälle mit Basisgesellschaften . .	92
I. Der Oasenerlaß . . . . .	93
II. Die Nichtanerkennung einzelner Geschäftsvorfälle . . . . .	94
1. Scheingeschäfte . . . . .	94
2. Wirtschaftliche Betrachtungsweise . . . . .	95
3. Wirtschaftliches Eigentum . . . . .	97
4. Umgehung . . . . .	99
III. Die Überprüfung des Leistungsaustausches . . . . .	101
1. Arm's-length-Prinzip . . . . .	101
2. Regelung in Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	103
3. Feststellung des angemessenen Entgelts . . . . .	104
IV. Die Folgen völliger oder teilweiser Nichtanerkennung . . . . .	106
1. Allgemeine Regeln . . . . .	106
2. Zurechnungskonflikte bei Gewinnkorrekturen . . . . .	108
V. Die technische und finanzielle Ausstattung der Basisgesellschaft . .	110

## 4. Kapitel

## SONDERVORSCHRIFTEN FÜR BASISGESELLSCHAFTEN

§ 1 USA . . . . .	113
I. Die geschichtliche Entwicklung . . . . .	113
II. Die Kennedy-Tax-Reform . . . . .	115
1. Grundprinzipien . . . . .	115
2. Basisgesellschaftseinkommen . . . . .	116

3. Freigrenzen . . . . .	118
4. Mindestausschüttungen . . . . .	118
5. Weitere Einzelheiten . . . . .	120
6. Kritische Würdigung . . . . .	121
§ 2 Bundesrepublik Deutschland . . . . .	121
I. Die geschichtliche Entwicklung . . . . .	121
II. Die Hinzurechnungsbesteuerung nach dem Außensteuergesetz . . . . .	124
1. Grundsätzlicher Ansatzpunkt . . . . .	124
2. Begriff der Zwischeneinkünfte . . . . .	126
3. Freigrenze . . . . .	129
4. Hinzurechnungsbetrag . . . . .	129
5. Berücksichtigung tatsächlicher Gewinnausschüttungen . . . . .	130
6. Anrechnung gezahlter Steuern . . . . .	131
7. Sonderregelung für Schachteldividenden . . . . .	131
8. Nachgeschaltete Zwischengesellschaften . . . . .	132
9. Übergangsregelung für die Auflösung von Basisgesellschaften . . . . .	133
III. Die erweiterte beschränkte Steuerpflicht und zwischengeschaltete Gesellschaften . . . . .	133
1. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht . . . . .	134
2. Zwischengeschaltete Gesellschaften . . . . .	135
IV. Die Besteuerung des Vermögenszuwachses bei wesentlichen Beteiligungen . . . . .	136
V. Der Anwendungszeitpunkt . . . . .	136

## 5. Kapitel

## VORSCHRIFTEN FÜR SPEZIELLE RECHTSFORMEN

§ 1 Ausländische Familienstiftungen . . . . .	138
§ 2 Ausländische Investmentfonds . . . . .	141

## 6. Kapitel

## BASISGESELLSCHAFTEN UND DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN

§ 1 Die schweizer Maßnahmen gegen eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	144
§ 2 Das Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland—Schweiz von 1971 . . . . .	148
I. Die allgemeine Abkommensberechtigung . . . . .	149
II. Die einzelnen Zuordnungsregeln . . . . .	150
1. Beteiligungen an Gesellschaften . . . . .	150
2. Veräußerungsgewinne . . . . .	152
3. Zinsen, Lizenzgebühren . . . . .	153
III. Die Abkommensberechtigung von Basisgesellschaften . . . . .	154
IV. Weitere Einzelregelungen . . . . .	157
V. Das Verhältnis zum Außensteuergesetz . . . . .	158

## 7. Kapitel

VERFASSUNGSRECHTLICHE ASPEKTE DES STEUERRECHTS  
DER BASISGESELLSCHAFTEN

§ 1	Ausländische Gesellschaften im Verfassungsrecht . . . . .	162
	I. Die Grundrechtsfähigkeit ausländischer juristischer Personen . . . . .	162
	II. Der Begriff der „inländischen“ bzw. „ausländischen“ juristischen Person . . . . .	164
§ 2	Steuerlicher Durchgriff und Verfassungsrecht . . . . .	166

## 8. Kapitel

ALLGEMEINE VÖLKERRECHTLICHE SCHRANKEN DER  
DEUTSCHEN STEUERHOHEIT

§ 1	Die völkerrechtliche Problemstellung . . . . .	169
§ 2	Völkerrechtliche Grenzen der Regelung von Auslandssachverhalten . . . . .	171
§ 3	Die steuerliche Erfassung ausländischer Gesellschaften . . . . .	174
	I. Die Stellungnahme des Bundesfinanzhofs . . . . .	174
	II. Die Tragweite der Kontrolltheorie . . . . .	175
§ 4	Die steuerliche Erfassung inländischer Anteilseigner im Wege des Durchgriffs . . . . .	178
	I. Die extraterritorialen Auswirkungen . . . . .	178
	II. Die völkerrechtliche Beurteilung . . . . .	180
	III. Die zu berücksichtigenden ausländischen Interessen . . . . .	183
	IV. Die Grenzen des steuerlichen Durchgriffs . . . . .	183

## 9. Kapitel

## DEUTSCHE STEUERHOHEIT UND DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN

§ 1	Problemstellung . . . . .	185
§ 2	Sonderregelungen in Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	188
§ 3	Steuerlicher Durchgriff und allgemeine Zielsetzung der Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	190
	I. Das Prinzip der Subjektidentität . . . . .	190
	II. Die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	191
	III. Die Voraussetzungen des Durchgriffs . . . . .	193

## 10. Kapitel

## PROBLEME DER SACHAUFLÄRUNG BEI AUSLANDSBEZIEHUNGEN

§ 1	Die Überprüfung ausländischer Unternehmen . . . . .	198
§ 2	Amtshilfe durch ausländische Staaten . . . . .	202
	I. Auskunftsverkehr . . . . .	202

II. Bindung an Auskünfte . . . . .	205
§ 3 Der Grundsatz der erhöhten Mitwirkungspflicht . . . . .	207
I. Allgemeines . . . . .	207
II. Einzelfragen der erhöhten Mitwirkungspflicht . . . . .	209
1. Voraussetzungen . . . . .	209
2. Auskünfte von dritten Personen . . . . .	210
3. Vorlegung von Büchern und Geschäftspapieren . . . . .	211
4. Beibringung von Übersetzungen . . . . .	214
III. Folgen einer Verletzung der Mitwirkungspflicht . . . . .	215
IV. Sonderregeln für Rechtsbeziehungen zu Niedrigsteuerländern und für Basisgesellschaften . . . . .	216
1. Offenlegung bei Betriebsausgaben . . . . .	216
2. Nachweispflicht bei der Hinzurechnungsbesteuerung . . . . .	217
3. Schätzung . . . . .	218
§ 4 Die Berücksichtigung ausländischer Auskunftverbote . . . . .	218
I. Problemstellung . . . . .	218
II. Der Stand der Diskussion . . . . .	220
III. Auskunftverbote mit Bezug zum Ausland . . . . .	222
IV. Allgemeine Auskunftverbote . . . . .	223
V. Einzelfragen . . . . .	225
VI. Dem Steuerpflichtigen günstige Tatsachen . . . . .	228
Schluß . . . . .	230

## ANHANG

1. Oasenbericht . . . . .	238
2. Oasenerlaß . . . . .	258
3. Hessischer Entwurf für ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerflucht . . . . .	261
4. Gesetz zur Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit bei Auslandsbeziehungen und zur Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbslage bei Auslandsinvestitionen (Außensteuerreformgesetz) . . . . .	290
5. Amtliche Begründung zum Entwurf des Außensteuerreformgesetzes . . . . .	310
6. Schriftlicher Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf des Außensteuerreformgesetzes . . . . .	345
7. Schweizer Bundesratsbeschluß betreffend Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	356
8. Kreisschreiben der Eidgenössischen Steuerverwaltung . . . . .	359
9. Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland — Schweiz 1971 . . . . .	363
10. Deutsche Denkschrift zum Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz von 1971 . . . . .	388
11. Botschaft des schweizerischen Bundesrates betreffend das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland von 1971 . . . . .	407
Literaturverzeichnis . . . . .	432
Paraphenregister . . . . .	454
Sachregister . . . . .	457